

Bern

«Etwas Gelassenheit ist gefragt»

Am 14. Juni stimmt die Stadt Bern über die Ausländermotion ab. Für Migrationsexpertin Christin Achermann ist sie für die Integration nicht entscheidend, aber nötig, um Ausländer sicht- und hörbarer zu machen.

Interview: Marcello Odermatt

Frau Achermann, am 14. Juni stimmt Bern über die Einführung einer sogenannten Ausländermotion ab. Ist dieses Mittel wirklich nötig?

Ich denke, es ist sinnvoll. In Bern ist jede vierte Person ausländischer Staatsangehöriger. Die Ausländer gehören zur Bevölkerung, haben aber kein Recht, mitzureden. Im Sinne eines breiten Demokratieverständnisses ist es richtig, dieser Gruppe das Recht zu geben, ihre Anliegen in den politischen Prozess einzubringen. Immerhin leben diese Personen hier, arbeiten hier, zahlen Steuern, Sozialabgaben. Zudem kann ein solches Instrument auch die Verantwortung stärken. Die Ausländermotion ist auch eine Aufforderung, sich einzubringen.

Aber ist eine Ausländermotion das richtige Mittel, um Ausländer stärker integrieren zu können?

Das ist sicher die schwierige Frage. Das weiss man heute nicht. In zehn Jahren wird man das vielleicht beurteilen können. Eine Ausländermotion ist aber ein Mittel, das mehrheitsfähig sein könnte. Denn die Versuche, das Ausländerstimmrecht im Kanton Bern einzuführen, sind bisher gescheitert.

Burgdorf kennt das Instrument. Niemand hat es bisher benutzt.

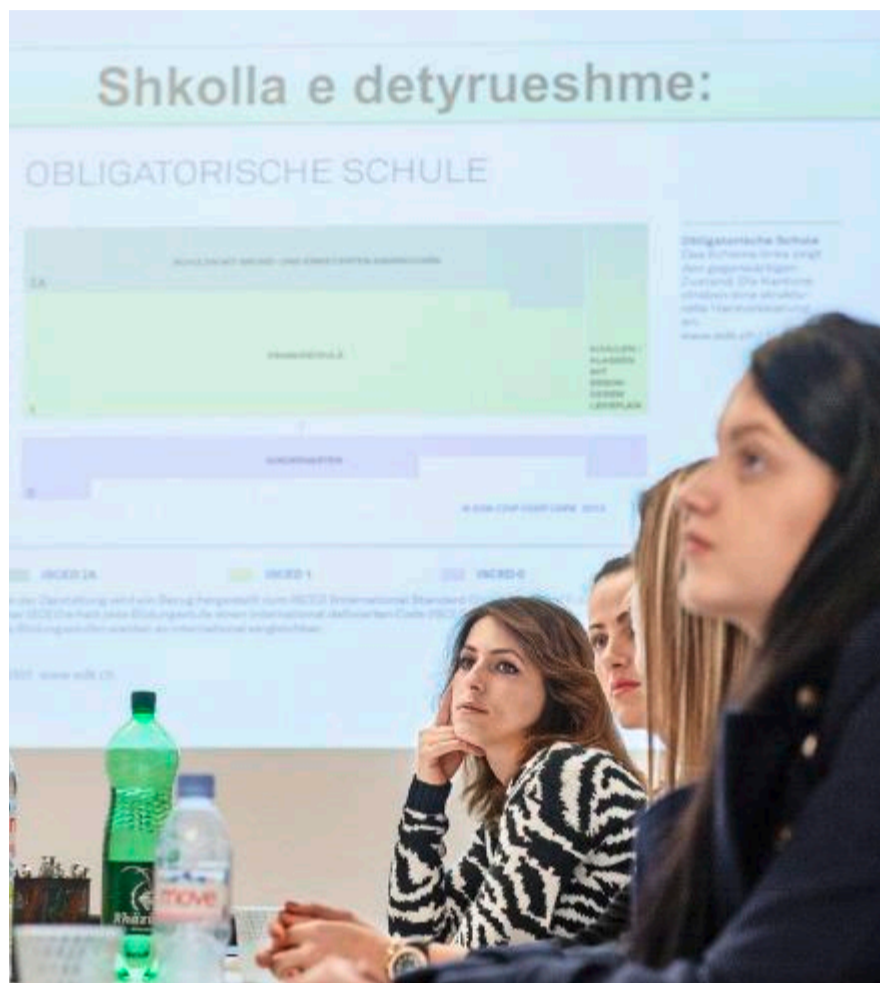
Ich weiss nicht, warum das so ist. Nötig ist auch ein Lernprozess. Das Instrument muss bekannt werden, damit klar wird, dass Ausländer mitgestalten können und wie das möglich ist.

Das Argument der SVP ist: Warum sollen Ausländer mit einer Motion ein Recht bekommen, das Schweizer Bürgergruppen so nicht haben?

Der Einwand stimmt. Ich denke aber, Schweizerinnen und Schweizer haben viele Möglichkeiten, sich politisch einzubringen, Möglichkeiten zudem, die weiter gehen und viel verbindlicher sind. Denn um was geht es bei dieser Ausländermotion? Es geht ja nicht um ein Stimm- oder Wahlrecht, sondern nur um das Recht, ein Anliegen in das Stadtparlament zu bringen, dem der Stadtrat zustimmen kann oder nicht. Mir scheint, ein solches Recht schadet niemandem.

Muss der Staat Integration via politische Partizipation fördern?

Die politische Beteiligung ist ein Element der Integration unter vielen. Sie wird auch nicht alle ausländischen Menschen betreffen, so, wie auch nicht alle Schweizer sich am politischen Prozess beteiligen. Wenn wir das Ziel verfolgen, dass Ausländer zu unserer Gesellschaft gehören und sich beteiligen sollen, dann sollte auch eine politische Mitbestimmung möglich sein. Gerade in der Gemeinde, wo die Leute leben. Das hat natürlich auch symbolischen Charakter:



Integration über die Sprache: Ausländerinnen lernen Deutsch. Foto: Keystone

Die Gesellschaft anerkennt damit, dass die ausländische Wohnbevölkerung spezifische Anliegen hat, die sie einbringen kann.

Wäre es nicht wichtiger, zuerst mehr Deutschkenntnisse zu fordern?

Es braucht beides. Die Integration umfasst das ganze Leben. Die Sprachkenntnisse sind eine wichtige Grundlage. Denn ohne Sprache kann man wenig von der Gesellschaft, in der jemand lebt, verstehen, oder man ist abhängig von der Vermittlung durch Dritte. Andererseits kann ein Ausländer noch so gut Deutsch sprechen: Wenn er sich nicht einbringen darf, ist die Integration auf halbem Weg stecken geblieben.

Wie steht es mit der Integration in der Schweiz?

Grundsätzlich funktioniert die Integra-



Christin Achermann ist Assistenzprofessorin für Migrationsstudien an der Universität Neuenburg. Sie ist Mitglied der unabhängigen Fachkommission Integration der Stadt Bern.

tion, das Zusammenleben zwischen Ausländern und Einheimischen sehr gut, obschon die Schweiz eine der höchsten Ausländerquoten weltweit hat. Weder kennen wir Ghettos noch Gebiete wie die französischen Banlieues, in denen nur Ausländer wohnen und wo die sozialen Probleme sehr ausgeprägt sind.

Wo bestehen dennoch Probleme?

Ausländer sind global gesehen stärker von Arbeitslosigkeit, Sozialhilfeabhängigkeit und Diskriminierung betroffen. Daher müsste in der Schweiz in gewissen Gebieten sicher die Durchmischung verbessert werden. Noch immer gibt es, auch in Bern, Quartiere mit einem sehr hohen Ausländer- bzw. einem sehr tiefen Schweizer Anteil und umgekehrt. Weiter ist das Ausbildungsniveau bei gewissen Ausländergruppen deutlich tiefer als bei Schweizer Personen. Allerdings können auch gut qualifizierte Expats Schwierigkeiten haben, sich in der Schweiz zu integrieren. Die Probleme sind also vielfältig und müssen deshalb auf verschiedenen Ebenen angegangen werden.

Aber gegen diese Probleme bringt die Ausländermotion doch wenig. Sie wird die Probleme nicht grundlegend beseitigen. Aber sie kann einen

Austausch fördern, damit sich die Ausländer überhaupt erwünscht fühlen und damit sie für die Schweizer Bevölkerung zu sicht- und hörbaren Mitgliedern der Stadt werden.

Der Kanton hat die Einführung des Ausländerstimmrechts abgelehnt. Nun kommt auf kommunaler Ebene etwas Ähnliches. Ein Murks?

Jein. Die Stadt Bern hatte damals das Ausländerstimmrecht sehr knapp angenommen. Insofern ist sie konsequent, wenn sie eine Vorstufe einführen will. Vielleicht zieht der Kanton nach, um die gesetzlichen Grundlagen für das Ausländerstimmrecht zu schaffen. Das würde Sinn machen, gerade in einem Land mit einem derart hohen Ausländeranteil – darunter Ausländer und Ausländerinnen der dritten und vierten Generation – und in welchem es so lange geht, bis jemand eingebürgert werden kann.

Aber letztlich müssten die Ausländer eingebürgert werden, dann könnten sie mitbestimmen.

Anfang des 20. Jahrhunderts hat man das explizit so gesehen. Damals war im Kontext einer aufkommenden Angst vor einer «Überfremdung» der Schweiz die Rede. Die Forderung stand im Raum, die Leute rascher oder sogar zwangsweise einzubürgern, um nicht in ein demokratisches Legitimationsproblem zu rutschen und um die ausländischen Bewohner an den schweizerischen Staat zu binden. Heute ist ein solches Anliegen aufgrund der aktuellen politischen Konstellation auf Bundesebene schlicht chancenlos. Die Devise lautet: Zuerst integrieren, dann als Krönung einbürgern.

Der Kanton Bern hat ein neues Integrationsgesetz. Es sieht etwa Integrationsvereinbarungen vor. Das ist doch ein klares Instrument?

Es kommt drauf an, wie die Vereinbarung eingesetzt wird. Es kann als Zwangsinstrument eingesetzt werden, im Sinne von: «Du musst das tun, sonst fliegst du raus.» Ich zweifle daran, ob das zielführend ist. Wenn aber die Vereinbarungen im Rahmen einer Unterstützung und Beratung eingesetzt werden, um den Leuten zu zeigen, wie sie aus ihren sprachlichen, sozialen, arbeitsbezogenen Problemen herausfinden, sind Vereinbarungen sinnvoll. In Ostermündigen, wo wir das Instrument evaluiert haben, konnten so schwierige und verfahrenere Situationen deblockiert werden. Oft fehlt es den Ausländern ja keineswegs am Willen, sich zu integrieren. Vielmehr fehlen Geld, Zeit und Wissen. Wenn überhaupt, dann scheinen mir Integrationsvereinbarungen als Ultima Ratio sinnvoll. Allerdings muss man sich auch bewusst sein: Kein Integrationsinstrument wird je so ideal funktionieren, dass keine Schwierigkeiten mehr vorhanden sind. Diesbezüglich ist wohl auch etwas Gelassenheit gefragt.

Partizipationsreglement Ein Ausländer im Stadtparlament

Angefangen hat die Geschichte um die Ausländermotion für die Stadt Bern schon früh mit dem «massiven» Widerstand der SVP und der Ankündigung von Stadtrat Erich Hess, darüber müsse das Volk entscheiden. Dazu kommt es nun, am 14. Juni, allerdings nicht dank der SVP, sondern wegen der FDP. Das Stadtratsvolk stimmt über das neue Integrationsinstrument deshalb ab, weil der Stadtrat selbst beschlossen hatte, das neue Reglement obligatorisch dem Volk vorzulegen. Der Antrag der FDP wurde im letzten Herbst mit Stimmen von Mitte bis Rechts knapp angenommen. Dies, nachdem alle anderen Versuche der SVP, das Partizipationsreglement zu torpedieren und zu verschärfen, gescheitert waren. Allerdings hätte die SVP das Referendum auch ohne diese obligatorische Abstimmung ergriffen, um die Ausländermotion vors Volks zu bringen.

30 oder 5000 Unterschriften

Wäre es nach der Ratslinken um SP und Grüne gegangen, hätten die Berner und Bernerinnen hingegen nicht über dieses neue Sonderrecht abstimmen müssen. Und dies obschon die politischen Rechte in der Stadt Bern damit teilweise doch neu definiert werden. Denn mit der Ausländermotion ist die politische Beteiligung in Bern künftig nicht mehr Schweizer Bürgern vorbehalten. Vielmehr können mit dem neuen Instrument 200 Ausländer mit ihrer Unterschrift ein Anliegen ins Parlament bringen. Vorher soll es vom Ratssekretariat geprüft werden. Ein Vertreter der Motionsgruppe kann für das Thema im Stadtrat argumentieren. Über das Anliegen stimmt aber am Schluss das Stadtparlament ab. Während die ursprüngliche Idee nur 30 Unterschriften vorsah, hätte die SVP 5000 verlangen wollen. Nutzen können das Instrument Ausländer mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung oder mit Status der vorläufigen Annahme (Ausweise B, C oder F). Damit würden neu rund 27 000 Leute in Bern – von insgesamt rund 140 000 – ein politisches Recht bekommen.

Im Rat wehrten sich neben der SVP auch die FDP gegen das Vorhaben. Die Partei beschloss aber am Schluss Stimmfreigabe. Die Gegner kritisierten, ein Ausländer dürfe kein Recht wahrnehmen, das einem Schweizer nicht zustehe. Die Befürworter betonten die Bedeutung der Integration von Ausländern und das Signal, das ihnen zugesandt werde. Das Stadtparlament hat im August des letzten Jahres der Motion klar zugestimmt, mit 59 zu 12 Stimmen. Eingereicht wurde die Motion von der grünen Stadträtin Christina Anliker-Mansour. (mob)

Ausländer dürfen kein Recht wahrnehmen, das Schweizern nicht zusteht.

Gegner der Ausländermotion

Anzeige

Erfolgreich, genussvoll und gesund abnehmen.

Vergessen Sie Diät-Kuren und sture Menüpläne: Hungern ist der schlechteste Weg, um schlank zu werden. Vor allem wenn Sie es länger als ein paar Monate bleiben möchten!

So funktioniert ParaMediForm

Begleitung und Beratung. «Gemeinsam erreichen wir Ihr Ziel»

In den regelmässigen Beratungen erhalten Sie praktische Tipps und Anregungen, eine gesunde Ernährung in Ihrem Alltag umzusetzen. Wir sind für Sie da, wenn Sie einen Motivationsschub brauchen und begleiten Sie nachhaltig, damit Sie ihr Gewicht auch langfristig halten können.

Entdecken Sie wieder Ihre Einzigartigkeit! Die richtige Ernährung – für jeden anders!

Deshalb ermittelt ParaMediForm Ihr individuelles Ernährungsprofil, denn ihr Stoffwechsel ist so individuell wie Sie selbst. Sie erfahren wie die einzelnen Nährstoffe (Kohlenhydrate, Fette, Eiweisse) im richtigen Verhältnis gut für Sie sind. Das hilft Ihnen langfristig nicht nur schlank sondern gesund und vital zu bleiben.

Wir haben uns einfach schlank gegessen!



Monika Brélaz, Hinterkappelen

Bruno Böhlen, Fraubunnen

Es funktioniert – unsere erfolgreichen Kundinnen und Kunden sind der beste Beweis.

➤ **Keine Diät** – kein Kalorienzählen.

➤ **Immer satt!** Sie essen bedarfsgerecht, genussvoll und gesund.

➤ Mit normalen Lebensmitteln – Wahlfreiheit im Menüplan – im Alltag anwendbar.

➤ Individuelle Einzelberatung.

➤ Erstellung Ihres persönlichen Ernährungsprofils.

➤ **Von Ärzten empfohlen!**

ParaMediForm

Institut für Gesundheit, Wohlbefinden und Gewichtsabnahme
www.paramediform.ch

Von Ärzten empfohlen



ParaMediForm Bern
Katrin Kläy-Iten
Institutsinhaberin

Dipl. Gesundheitsberaterin
Neuengasse 20 | 3011 Bern
Telefon 031 311 88 11
bern@paramediform.ch

Rufen Sie noch heute für ein kostenloses Info-Gespräch an ➤ 031 311 88 11

Schlank werden • Schlank sein • Schlank bleiben